Referendum Steuergesetz (Senkung Gewinnsteuer)

Keine Steuergeschenke für Grosskonzerne

Die Zeche bezahlen Mittelstand, Gemeinden und KMU

Die Unternehmen mit den höchsten Gewinnen im Kanton Bern sollen jährlich 161 Millionen Franken weniger Gewinnsteuern bezahlen. Der Kantonskasse, den Gemeinden und Kirchgemeinden würden diese 161 Millionen Franken jährlich fehlen. Die Folgen betreffen die ganze Bevölkerung.

- **Nein zu Leistungsabbau bei Spitex, im Behinderten- und Sozialbereich, bei Bildung und Gesundheit**
- **Nein zu überrissenen Geschenken für Konzerne mit den höchsten Gewinnen**
- **Nein zu Mehrbelastungen von KMU, Mittelstand und Gemeinden**
- **Nein heisst Nein: Der Kanton Bern sagte 2017 deutlich Nein zur Unternehmenssteuerreform III**
- **Nein zur Entsolidarisierung bei der Finanzierung von Bildung und Infrastruktur**

Der Kanton Bern kann sich keine Steuergeschenke leisten. Denn: Weniger Steuereinnahmen bedeuten, dass dem Kanton und den Gemeinden wichtige Einnahmen für die Finanzierung der Bildung, der Gesundheitsversorgung und für den Erhalt der Infrastrukturen fehlen. Die Folge sind weiterer Leistungsabbau bei der Spitex, im Behindertenbereich, bei Gesundheit, im Sozialen oder der Bildung. Leistungen, welche die Bevölkerung in Stadt und Land dringend benötigt. Wird die geplante Steuergesetzrevision umgesetzt, fehlen dem Kanton pro Jahr 103 Millionen in der Staatskasse und auch in den Kassen von Gemeinden und Kirchgemeinden fehlen jährlich 58 Millionen.

Gegen die Revision des Steuergesetzes und der Senkung der Gewinnsteuern hat ein breites Bündnis von Verbänden und Parteien das Referendum ergriffen.

Referendumskomitee: „Keine Steuergeschenke für Grosskonzerne“ (Steuergesetz)
Grüne Kanton Bern, SP Kanton Bern, KABBA, VPOD, Bernischer Staatspersonalverband BSPV, Demokratische Jurist/innen Bern, Dachverband der Sozialen Institutionen Biels und der Region DSI, GAP, JA!, Junge Grüne, Angestellte Bern, Gewerkschaftsbund Thun, Alternative Linke, Attac, JUSO, PDA, Bildung Bern.
Unterstützende Organisationen: Gewerkschaftsbund Kanton Bern, Kantonale Behindertenkonferenz Bern

1. Nein zu Leistungsabbau bei Spitex, im Behinderten- und Sozialbereich, bei Bildung und Gesundheit

Im November 2017 hat der Kanton das 16. Abbaupaket innerhalb von 25 Jahren erlebt. Dabei wurden harte Leistungskürzungen im Umfang von 160 Millionen Franken in der Spitex, in der Psychiatrie, in der Bildung, in der Sozialhilfe und bei Menschen mit Behinderung durchgesetzt. Der massive Leistungsabbau wurde von der bürgerlichen Mehrheit durch das Parlament geboxt, ohne dass die Bevölkerung dazu Stellung nehmen konnte. Der Abbau ist für viele Direktbetroffene und Angehörige schmerzhaft. Der Leistungsabbau trifft Landregionen, aber auch Städte. Mit dem «eingesparten» Geld sollen Steuersenkungen für einige wenige Unternehmungen finanziert werden. Das ist mehr als unfair! Und es drohen noch weitere Abbaupakete. **Nein zum Abbau des Service Public im Kanton Bern.**

2. Nein zu überrissenen Geschenken für Konzerne mit den höchsten Gewinnen

Die Gewinnsteuern für Unternehmen sind in der Schweiz im internationalen Vergleich bereits heute äusserst tief. «In der Schweiz zahlen Unternehmen deutlich weniger Steuern als im internationalen Durchschnitt.“, schreibt die Neue Zürcher Zeitung (NZZ, 10.1.2018). Während die effektive Steuerbelastung hierzulande im Mittel bei 16,6% liegt, beträgt der globale Durchschnitt 29% (Taxation-Index von BAK Economics). Der Kanton Bern senkt den Höchststeuersatz von heute 21.64 in einem ersten Schritt auf 18.71%. Später ist eine weitere Senkung auf 16.37% geplant. Bereits heute ist die Schweiz und der Kanton Bern international gesehen ein Steuerparadies für Unternehmen. Die geplanten Senkungen für Konzerne mit den höchsten Gewinnen kommen nur wenigen Betrieben zu Gute. **Die Mehrheit der 42'377 steuerpflichtigen Betriebe, meist KMU, im Kanton Bern geht leer aus.**

3. Nein zu Mehrbelastungen von KMU, Mittelstand und Gemeinden

Die jetzige Steuergesetzrevision ist erst der Anfang. Die bürgerliche Regierung will noch weitergehende Steuersenkungen bei den Gewinnsteuern durchsetzen. Für das Jahr 2022 wären es total 314 Millionen, welche Kanton und Gemeinden an Mindereinnahmen zu verkraften hätten. Wenn Grossbetriebe weniger Gewinnsteuern bezahlen, fehlen wichtige Einnahmen in der Gemeindekasse und der Kantonskasse. Damit steigt die Belastung für die Bevölkerung und die kleinen und mittleren Unternehmen, die mit ihren Steuern für die Strassen, Spitäler und Schulen im ganzen Kantonsgebiet bezahlen müssen. Bereits heute leisten Privatpersonen mit ihren Steuern 90 Prozent der Steuererträge. Jede Senkung der Gewinnsteuern für Grosskonzerne bedeutet eine Mehrbelastung für Mittelstand und KMU, aber auch für die Gemeinden. Denn es reisst grosse Löcher in die Gemeindekassen, was Steuererhöhungen für die Einwohnerinnen und Einwohner zu Folge haben kann. Den Gemeinden werden insgesamt 53 Millionen Franken jährlich entzogen.[1] Beispiele im Kanton Bern: Interlaken: -1.3 Mio., Ittigen: -2.8 Mio., Thun: -2.2 Mio., Köniz: -3.1 Mio., Bern: -15 Mio., Burgdorf: - 0.8 Mio., Biel: -6.2 Mio., Lyss: -1.1 Mio. Betroffen sind aber auch kleinere Gemeinden. So verliert Lauterbrunnen 256‘554 Franken Einnahmen jährlich, dies bei einem Steuerfuss von heute 1.99. Auch die Kirchgemeinden haben 6.6 Millionen Franken weniger Einnahmen. **Aus Gemeindesicht ist die Steuergesetzrevision unverdaulich. Die die Zeche bezahlen Bevölkerung und KMU bezahlen.**

---

[1] Siehe dazu die Liste „Mindereinnahmen der Gemeinden aus der Senkung der Gewinnsteuersätze per 2020» im Vortrag des Regierungsrates zur Steuergesetzrevision 2019.

4. Nein heisst Nein: Der Kanton Bern sagte 2017 deutlich Nein zur USR III

Das mit 68.4 Prozent schweizweit deutlichste Nein des Kantons Bern zur Unternehmenssteuerreform III des Bundes im Jahr 2017 zeigt klar, dass die Bernerinnen und Berner gegen Steuerprivilegien für Grosskonzerne sind. Die Angstmacherei, dass gewinnstarke Unternehmen alle in Steuerparadiese wie den Kanton Zug abwandern und Arbeitsplätze verloren gehen, stimmt nicht. Staatsnahe Betriebe wie Swisscom, Post, BKW, aber auch wichtige Industrie- und Dienstleistungsbetriebe sind stark im Kanton Bern verwurzelt. Zukunftsträchtige Unternehmen sind auf funktionierende Infrastrukturen, ein gutes Bildungssystem und qualifizierte Fachkräfte angewiesen. Der Steuerwettbewerb zwischen den Kantonen ist ruinös und führt zu einer bodenlosen Negativspirale. **Der ruinöse Steuerwettbewerb schadet sowohl der Bevölkerung wie auch der Wirtschaft.**

5. Nein zur Entsolidarisierung bei der Finanzierung von Bildung und Infrastruktur

42'377 Unternehmen leisten heute im Kanton Bern 545 Millionen Franken Steuerertrag (Steuerstatistik 2014). Das sind nur rund 10 Prozent der gesamten Steuererträge. Die natürlichen Personen, also du und ich, leisten mit ihren Steuern die restlichen 90 Prozent der Steuereinnahmen. Wenn Grosskonzerne weniger Steuern auf hohe Gewinne bezahlen, leisten sie weniger an die Finanzierung wichtiger öffentlicher Aufgaben. Wohin diese Politik à la Trump führt, zeigen die USA mit einem ungenügenden Bildungssystem und schlechter Infrastruktur. Bereits heute ist der Beitrag der Unternehmen tief und steht in keinem Verhältnis zu den notwendigen Leistungen, welche die öffentliche Hand für die Wirtschaft und die Unternehmen in den Bereichen Infrastruktur, Sicherheit, Bildung, Berufsbildung, Verkehr und Erschliessung etc. erbringt. **Unternehmen sollen ihren Beitrag an die Finanzierung von öffentlichen Aufgaben leisten.**

Referendumskomitee: „Keine Steuergeschenke für Grosskonzerne“ (Steuergesetz)

Informationen und Unterschriftenbogen: www.keine-steuergeschenke.ch